

(Annexe)

VORORT DES SCHWEIZERISCHEN HANDELS- UND INDUSTRIE-VEREINS

Zürich, den 17. Dezember 1956

Osthandel

Bisher haben uns nur einzelne Firmen angefragt, wie sie sich gegenüber den Oststaaten verhalten sollen. Wir antworteten ihnen jeweils ungefähr in folgendem Sinn:

Es muss unterschieden werden zwischen der offiziellen Handelspolitik und dem Verhalten der einzelnen Unternehmungen.

Ein offizieller Abbruch der Handelsbeziehungen mit dem Block der kommunistisch beherrschten Staaten scheint uns nicht möglich zu sein. Eine solche Politik würde voraussetzen, dass der Beschluss gefasst wird, in Zukunft nur noch Handelsbeziehungen mit Staaten zu unterhalten, deren Regierungen eine Politik verfolgen, die wir nicht als untragbar empfinden. Ob die Politik der verschiedenen Regierungen diese Voraussetzung erfüllt, müsste laufend überprüft werden. Es wäre immer wieder neu zu entscheiden, ob und wie lange offizielle Handelsbeziehungen mit einem Land tragbar sind. Schon die Formulierung des Problems zeigt, dass eine solche Politik, insbesondere für einen kleinen Staat wie die Schweiz, kaum durchführbar ist. Sie wäre auf jeden Fall mit grossen politischen Risiken verbunden. Insbesondere wäre sie mit der traditionellen Neutralitätspolitik der Schweiz, die das Fundament unserer Aussenpolitik bildet, nicht vereinbar; denn die ewige Neutralität als Staatsmaxime der Schweiz kann ihre völkerrechtliche Funktion (Wahrung fremder Interessen usw.) nur erfüllen, wenn die Schweiz mit allen Staaten in geordneten diplomatischen Beziehungen lebt. Ausserdem müsste man sich bewusst sein, dass eine Politik des Abbruchs diplomatischer Beziehungen nur dann sinnvoll wäre, wenn die Entschlossenheit bestände, sie unter allen, auch sehr schwierigen Umständen, zu befolgen. Man muss dabei daran denken, dass eine derartige Politik vor noch nicht langer Zeit (1939 - 1944) für die Schweiz zweifellos zu schweren Konsequenzen geführt hätte. Man weiss nicht, was die Zukunft bringen wird. Es erscheint deshalb nicht richtig, ein solches Problem nach zu kurzfristigen Gesichtspunkten zu beurteilen.

Gegenwärtig könnte sich die Schweiz allerdings, als volkswirtschaftliches Ganzes betrachtet, einen Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen mit den kommunistisch beherrschten Staaten leisten, weil der Handel mit diesen Ländern von untergeordneter Bedeutung ist. Im Jahre 1955 zum Beispiel (die Zahlen für die Jahre 1956 oder 1954 und 1953 sind nicht wesentlich anders) betrug der Anteil der Sowjetunion am Gesamtimport der Schweiz 0,56% am Gesamtexport 0,33%.





- 2 -

Die gleichen Zahlen für die Sowjetunion und sämtliche europäische Satelliten (ohne Jugoslawien) lauten: Import 3,1%. Export 3,1%. Zählt man China dazu, so erhöhen sich diese Prozentzahlen auf 4,2% beim Import und 4,9% beim Export. Die in der Handelsstatistik ausgewiesenen, ziemlich hohen Zahlen für China sind allerdings nicht schlüssig, weil zu China auch Hongkong gerechnet wird, das nicht nur für China allein, sondern auch für viele andere ostasiatische Staaten einen massgebenden Umschlagsplatz bildet.

Obwohl also der Handel mit den kommunistisch beherrschten Staaten gemessen am Gesamtaussenhandel der Schweiz keinen grossen Umfang aufweist, würde natürlich ein vollständiger Abbruch einige schwierig zu lösende Probleme stellen. Wir denken zum Beispiel an die Durchführung der mit den Satellitenstaaten abgeschlossenen Abkommen über die Nationalisierungsentschädigungen, aus welchen der Schweiz und damit den schweizerischen Anspruchsberechtigten heute noch ca. 75 Mio Schweizerfranken (aus Jugoslawien zusätzlich 45 Mio Sfr.) zustehen.

Diese Grundsätze, die nach unserer Auffassung - und auch nach Auffassung der massgebenden Bundesstellen - für die offizielle Handelspolitik gelten müssen, bedingen unseres Erachtens, dass auch vom Vorort aus keine anderslautenden Richtlinien ausgegeben werden. Damit sind aber die einzelnen Unternehmungen in keiner Weise gebunden. Sie sind völlig frei, dieses Problem in der Weise zu beantworten, die ihnen richtig erscheint. Schon bisher, d.h. schon vor den jüngsten Ereignissen in Ungarn, gab es zahlreiche Firmen, die erklärten, aus grundsätzlichen Erwägungen keine Geschäfte mit kommunistisch beherrschten Staaten tätigen zu wollen. Die Zahl solcher Unternehmungen wird sich zweifellos vermehrt haben. Es wird dies voraussichtlich dazu beitragen, dass der Handel mit diesen Staaten noch weiter zurückgehen wird.

Da wir der Auffassung sind, dass die gestellte Frage von jedem Unternehmen selbst beantwortet werden muss, und da wir auch glauben, dass man in guten Treuen zu einer verschiedenen Beantwortung kommen kann, möchten wir nicht zu allen Gründen, die für einen Abbruch oder eine Weiterführung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Oststaaten sprechen, Stellung nehmen. Wir greifen nur das Argument heraus, das vielleicht am meisten verwendet wird; dass der West-Osthandel das Potential des Ostens stärke. Wie ein Blick in die Statistik zeigt, ist diese Behauptung nur in einem beschränkten Umfang richtig. Die Lieferungen, von denen man annehmen muss, dass sie das Potential der Oststaaten stärken, machen nur einen Bruchteil des schweizerischen Exportes aus. Sie sind übrigens seit Jahren in engen Schranken gehalten. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die dafür festgesetzten Kontingente jeweils nicht voll ausgenützt werden, nicht weil es keine Geschäftsmöglichkeiten gäbe, sondern weil die meisten in Betracht fallenden Unternehmungen von sich aus Zurückhaltung üben.



Beim weitaus grössten Teil der Exporte und Importe handelt es sich um Geschäfte normaler Art, bei welchen man nicht sagen kann, ob das Potential des Ostens oder des Westens dadurch gestärkt wird. Im Jahre 1955 hat die chemische Industrie am meisten Waren nach Osteuropa geliefert; von den gesamten Exporten von ca. 175 Mio Fr. (nach der Sowjetunion und allen europäischen Satelliten, ohne Jugoslawien) entfielen rund 56 Mio Franken auf sie. Die wichtigste chemische Exportware stellen die Farben dar (ca. 38 Mio); dann folgen die pharmazeutischen Produkte und die übrigen chemischen Waren. Die Maschinenindustrie bildet heute die zweitgrösste Gruppe beim Export (in den ersten Nachkriegsjahren stand sie an erster Stelle). Bei ihr betrug der Gesamtexport im Jahre 1955 rund 45 Mio Fr., wovon die Werkzeugmaschinen ungefähr einen Drittel bildeten. Im übrigen ist der Export nach den Oststaaten vor allem für die Exporteure von anderen Metallwaren sowie von Garnen (1955: ca 11 Mio SFr.), und Textilabfällen (1955: ca 5 Mio SFr.) von einiger Bedeutung, und ausserdem namentlich was das Obst betrifft (1955: ca 3,5 Mio SFr.), auch für die Landwirtschaft. Von dem in der Handelsstatistik ausgewiesenen Export entfallen ca 20 Mio SFr. auf Uhren. Es ist allerdings fraglich, wieweit es sich dabei um Ausfuhren nach diesen Ländern handelte; die Exporte mit Bezahlung über den gebundenen Zahlungsverkehr machen jedenfalls nur einen geringen Bruchteil dieses Betrages aus.

Von den Waren, die aus den osteuropäischen Staaten importiert werden, sind vor allem zu nennen; chemische Rohstoffe, Holz, Eier, Malz, Futtermittel, Zucker, Schlachtvieh, Porzellan- und Glaswaren sowie in einem gewissen Umfang Maschinen, Instrumente und Apparate.

Die offiziellen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und den kommunistisch beherrschten Staaten sind - nicht zuletzt auf unsere Veranlassung - seit längerer Zeit auf ein Minimum beschränkt. Mit der Sowjetunion fanden die letzten Verhandlungen im Jahre 1948 statt. Mit der Volksrepublik China ist bisher überhaupt kein Wirtschaftsabkommen abgeschlossen worden. Die in den Nachkriegsjahren zahlreichen Verhandlungen mit den osteuropäischen Satellitenstaaten waren notwendig, weil Vereinbarungen über die Entschädigung des nationalisierten schweizerischen Vermögens getroffen werden mussten. Seit diese Vereinbarungen abgeschlossen sind, konnten auch die Verhandlungen mit diesen Staaten eingeschränkt werden.

Wir sind seit Jahren gegenüber dem Osthandel skeptisch eingestellt. Der starke Rückgang, der seit der kommunistischen Machtübernahme im Verkehr mit allen diesen Staaten zu beobachten war (der heutige Anteil der Oststaaten am Gesamtaussenhandel der Schweiz beträgt ungefähr 1/4 bis 1/3 des Vorkriegsanteils), liegt unseres Erachtens in Schwierigkeiten begründet, die durch Verhandlungen nicht wesentlich zu mildern sind. Die Schwierigkeiten ergeben sich zwangsläufig aus dem grundlegenden Unterschied zwischen Ländern mit freier Marktwirtschaft und solchen mit planwirtschaftlichem Dirigismus und bewusstem Autarkiestreben. Es ist nicht möglich, so verschiedenartige Verhältnisse auf einen Nenner zu bringen, ohne dass die eine oder andere Seite auf fundamentale Prinzipien ihrer Wirtschaftspolitik verzichtet.



- 4 -

Wenn wir deshalb vom Osthandel nichts erwarteten und uns von dieser Haltung auch nicht abbringen liessen, als im Zeichen der Koexistenz von verschiedenen Seiten unter dem Eindruck der massiven östlichen Propaganda das Problem anders betrachtet wurde, so müssen wir heute das Problem doch zurückhaltender beurteilen, als es begreiflicherweise und mit guten Gründen in weiten Kreisen geschieht. Wir glauben nicht, dass mit einem spektakulären vollständigen Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Oststaaten etwas Entscheidendes getan wäre. Die Stellung der Schweiz als dauernd neutraler Staat erfordert, wie bereits erwähnt, dass sie mit allen Ländern geordnete offizielle Beziehungen unterhält.